



Positionspapier der SP-Fraktion zu Themen rund um den Islam

(mit Grundsatzpositionen, die für alle Religionen gelten)

1. Warum ein Positionspapier zum Islam?

Der Islam hat in der Schweiz laut der Volkszählung aus dem Jahr 2000 rund 310'000 AnhängerInnen¹, andere Angaben gehen 2007 von über 440'000 MuslimInnen in der Schweiz aus (5,8% der Gesamtbevölkerung)², Tendenz weiterhin steigend. Die meisten von ihnen sind seit Mitte und vor allem Ende des 20. Jahrhunderts aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei eingewandert, eine wachsende Zahl ist hier geboren und eine ebenfalls zunehmende Anzahl besitzt die Schweizer Staatsbürgerschaft. Der Islam ist damit nach dem Christentum die zweitgrösste Religionsgemeinschaft in der Schweiz. Dies ist Grund genug für eine vertiefte Auseinandersetzung.³

Das für die Schweiz beschämende Abstimmungsresultat zur Anti-Minarett-Initiative hat gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung – und darunter offenbar auch bei einigen SP-WählerInnen – ein zumindest untergründiges Unbehagen gegenüber dem Islam vorhanden ist. Dieses Unbehagen hat sich mit dem Abstimmungsergebnis nicht erledigt. Es ging nicht wirklich um die konkrete Frage, ob Minarette gebaut werden dürfen – das war eine Stellvertreterdiskussion. Umso mehr ist jetzt die Politik gefordert, die vorhandenen Ängste und Bedenken ernst zu nehmen und in einer nichtdiskriminierenden und toleranten Art Antworten auf die dahinterstehenden Herausforderungen zu geben. Wenn sich dieses Papier auf Fragen rund um den Islam konzentriert, hat das mit der aktuellen Debatte zu tun. Selbstverständlich gelten aber die darin dargelegten Grundsätze für alle Religionsgemeinschaften.

Wie bei jeder Immigration ergeben sich neben den gesellschaftlichen Chancen und der kulturellen Bereicherung eines solchen Prozesses auch Risiken und Spannungsfelder. Dabei hat das, was als schwierig wahrgenommen wird, vielfältige Ursachen, die sich überlagern: neben kulturellen Unterschieden mit religiösem Hintergrund gibt es – in noch grösserem Umfang – sozialisations- und bildungsbedingte Eigenheiten, die eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft erschweren können. Mit diesen allgemeinen Aspekten der Integration, hat sich die SP Schweiz 2007 in einem Positionspapier bereits ausgiebig befasst.⁴ Das vorliegende Positionspapier schliesst sich an das Integrationspapier der Partei an und konkretisiert dieses. Es fokussiert auf jene Aspekte, die religiös verknüpft sind, auch wenn sich die soziokulturelle Ebene und religiöse Ebene manchmal nur schwer trennen lassen.

Lange nicht alle Probleme und Fragestellungen, die in der derzeitigen Diskussion mit dem Islam verknüpft werden, haben auch tatsächlich mit diesem zu tun. Die allgemeine Verunsicherung,

¹ <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/05/blank/key/religionen.html>

² http://de.wikipedia.org/wiki/Islam_in_der_Schweiz

³ Für weitere Facts, Zahlen und Materialien siehe auch „Muslime in der Schweiz“ herausgegeben von der EKM: http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/doku/mat_muslime_d.pdf

⁴ http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Pospap/d/070525_SP-Integrationspapier_DE.pdf

welche durch die Globalisierung und Internationalisierung ausgelöst wird, kann man nicht mit Stellungnahmen zu religiösen Fragen beantworten. Die SP reagiert darauf seit Jahren mit einer überzeugenden Sozial- und Wirtschaftspolitik, welche Antworten auf die sozialen Herausforderungen der Gegenwart gibt und die durch die Globalisierung und Internationalisierung ausgelösten Umgestaltungsprozesse in unserer Gesellschaft sozialverträglich gestalten soll. Trotzdem soll zu jenen Fragen, die zumindest einen religiösen Anknüpfungspunkt haben, anschliessend auch auf dieser Ebene Stellung genommen werden.

Die Sozialdemokratie vertritt insbesondere die Interessen der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Sie verstand und versteht sich deshalb immer auch als Anwältin der Migrantinnen und Migranten. Sie wehrt sich auch gegen Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und populistische Stimmungsmache gegen AusländerInnen im Allgemeinen oder gegen einzelne Ausländergruppen – so wie sie sich ganz grundsätzlich gegen die Diskriminierung von Minderheiten stark macht. Dies hindert sie aber nicht daran, die kulturellen Unterschiede und die sich daraus ergebenden Herausforderungen genau anzusehen und auch kritisch Stellung zu nehmen. Dies gilt insbesondere dort, wo zentrale Werte unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, für die SozialdemokratInnen lange gekämpft haben, in Frage gestellt werden. Nachfolgend werden zu den immer wieder aufgeworfenen Fragen – vom Kopftuch bis zum Minarett – sozialdemokratische Antworten formuliert.

2. Blick zurück in die abendländisch-christliche Vergangenheit und die Entwicklung unserer Gesellschaft und Kultur

Bevor man einen kritischen Blick auf andere Kulturen und Lebensweisen wirft, lohnt es sich, die Verhältnisse und die Geschichte der westlichen Kultur selbstkritisch zu betrachten. Denn heilige Kriege im Namen der Religion zu führen, ist keine Eigenart des Islams: das konnten Christen früher genau so gut – und genau so blutig. Wie hat sich unsere Gesellschaftsordnung entwickelt und unter welchen Voraussetzungen konnten sich viele jener Lebensweisen und gesellschaftlichen Werte herausbilden, die uns SozialdemokratInnen besonders am Herzen liegen?

Unter diesem Blickwinkel ist die Geschichte des abendländischen Europas vor allem eine Geschichte der Säkularisierung. Wenn im Mittelalter der Streit zwischen Papst und Kaiser um die weltliche Macht anders geendet hätte, sähe unsere Gesellschaft heute mit Sicherheit ganz anders aus. Religions- und Glaubensfreiheit, das Recht, die eigene Religion wechseln zu können, Toleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen, das alles sind Errungenschaften, die sich unsere Zivilgesellschaft gegen den Widerstand kirchlicher Autoritäten erkämpfen musste. Heute tragen die meisten christlichen Gemeinschaften diese Werte mit, aber das war nicht immer so. Das Zeitalter der Aufklärung, in der sich diese Werte entwickeln konnten, wäre ohne mächtige weltliche Herrscher, die der Macht der religiösen Autoritäten trotzten und freidenkenden Philosophen Schutz boten, nicht denkbar gewesen.

Ohne dieses durch die Säkularisierung getragene Zeitalter der Aufklärung hätten auch viele andere Werte, die uns lieb und teuer sind, einen (noch) deutlich schwereren Stand gehabt. Errungenschaften wie das Selbstbestimmungsrecht der Frau und damit verbunden z.B. ein liberales Abtreibungsrecht wären heute an einem anderen Ort ohne die vorangehende Entwick-

lung einer weitgehend laizistischen⁵ Gesellschaft. Gerade dieser Themenbereich zeigt aber auch, dass jegliche Überheblichkeit gegenüber den vom Islam geprägten Gesellschaften völlig deplaziert wäre: viele dieser Errungenschaften haben sich bei uns auch erst im letzten halben Jahrhundert zu dem entwickeln können, was sie heute sind. Bis zur Revision des Eherechts im Jahre 1988 konnten verheiratete Frauen in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausser Haus aufnehmen, wenn ihnen dies ihr Ehemann nicht erlaubte. Es brauchte noch im Jahre 1990 einen Bundesgerichtsentscheid, bis endlich auch der letzte Schweizer Kanton die formelle Gleichstellung der Frauen beim Stimm- und Wahlrecht umsetzte. Frauen können in der katholischen Kirche auch heute noch kein Priesteramt bekleiden.

Ein kritischer Blick auf unsere eigenen Verhältnisse zeigt, dass gerade im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter noch einiges zu tun ist und sich die materielle, gelebte Gleichberechtigung nicht überall gleich gut durchsetzen konnte wie die formelle. Dennoch handelt es sich sicher um Zwischenergebnisse, die einen hohen Wert haben und für uns nicht zur Disposition stehen.

3. Der Islam – wovon reden wir genau?

„Bei den Christen ist Empfängnisverhütung verboten“. Konfrontiert mit dieser Aussage wären wir wohl irritiert: von welchem Christentum wird da geredet? Und nur weil viele Schweizerinnen und Schweizer – vielleicht sogar nur auf dem Papier – Christinnen und Christen sind, möchten sie nicht mit dieser Meinung der katholischen Kirche identifiziert werden. Überhaupt wäre wohl bei den meisten der christliche Glaube nicht das erste was ihnen einfällt, wenn sie nach ihrer Identität gefragt werden. Die meisten nennen da zuerst ihren Beruf, dann die Nationalität, sie definieren sich vielleicht auch als SozialdemokratInnen und EuropäerInnen und dann - in der Regel eher am Ende der Aufzählung – sind viele von ihnen auch Christinnen und Christen.

Diese Definitionsfreiheit sollten wir auch den Musliminnen und Muslimen lassen. Viele der in der Schweiz lebenden MigrantInnen aus muslimischen Ländern definieren sich selber nicht stärker über ihre Religion als es der Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer tut. Vielleicht ändert sich dies, wenn sie ständig primär als Muslime angesprochen werden – das wäre dann der kontraproduktive Effekt der aktuellen Islamdebatte.⁶

Alle Musliminnen und Muslime haben das Recht, als Individuen wahrgenommen zu werden. Sie sollen an dem gemessen werden, wie sie tatsächlich denken und handeln und nicht an dem, was wir vermuten, wie sie denken und handeln, weil sie Muslime sind.

Genauso wenig wie es „das Christentum“ gibt, gibt es „den Islam“. Neben den Sunniten und Schiiten gibt es innerhalb dieser beiden grossen Richtungen noch diverse Untergruppen und daneben weitere Strömungen der islamischen Religion. Wer sich auch nur eine Stunde Zeit nimmt für eine Internetrecherche, wird einen Formenreichtum entdecken, welcher der christlichen Religion in nichts nachsteht. Schauen wir also genau hin und fragen nach, wenn wir es mit Musliminnen und Muslimen zu tun haben. So wie es für uns einen Unterschied macht, ob wir mit einer nicht praktizierenden Protestantin oder einem Anhänger der ultrakonservativen Pius

⁵ Unter Laizismus versteht man die strikte Trennung von Staat und Religion. In rund einem Dutzend Staaten ist der Laizismus explizit in der Verfassung verankert.

⁶ <http://www.zeit.de/gesellschaft/generationen/2009-11/migranten-islam-auslaender>

Bruderschaft von Lefebvre unterhalten, sollten wir auch differenzieren zwischen weltlich orientierten MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund und wahabitischen Fundamentalisten.

Wenn anschliessend dennoch versucht wird, einige Themenfelder herauszuarbeiten, die gemeinhin in kritischer Art mit dem Islam verbunden werden, so ist das mit der entsprechenden Vorsicht zu geniessen.

Eine nur schon ansatzweise umfassende Darstellung der Hauptthemen des Islam würde den Rahmen dieses Positionspapiers sprengen. Es beschränkt sich deshalb auf jene Punkte, die als Unterschiede zu Anschauungen unserer westlichen Gesellschaften ins Auge springen und beim konkreten Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu Fragen und Schwierigkeiten führen können. Solche entstehen allerdings nur dann, wenn diese Anschauungen von den MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund tatsächlich geteilt und propagiert werden. Bei dieser Frage gilt es individuell genau hinzusehen, anstatt pauschale Zuschreibungen vorzunehmen.

Insgesamt ist zu betonen, dass es zwischen den drei grossen monotheistischen Religionen Christentum, Islam und Judentum letztlich mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes gibt. Sie gleichen sich insbesondere in der sozialen Ausrichtung und der Sorge um den Mitmenschen.

- Säkularisierung

Es gibt fundamentalistische Strömungen im Islam, welche das Konzept westlicher Demokratien mit der klaren Trennung zwischen Religion und Staat ablehnen. Diese Strömungen sind allerdings in der Schweiz kaum präsent. Die Errichtung eines Gottesstaates, in dem das Religiöse alle Lebensbereiche durchdringt (und auch totalitär beherrscht!) ist Ziel der sogenannten Muslimbruderschaft⁷ und von verschiedenen fundamentalistischen Strömungen des politischen Islams. Das Konzept stellt den verfassungsgebundenen Rechtsstaat mit demokratisch erlassenem und nicht religiös begründeten Gesetzesrecht radikal in Frage. Es widerspricht damit nicht nur unserer westlichen Lebensweise, sondern es sind vor allem Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, die damit kämpfen⁸.

Die grosse Mehrheit der in der Schweiz lebenden Musliminnen und Muslime stammt allerdings aus Osteuropa und der Türkei⁹ und ist mit der konstitutionellen Trennung von Staat und Religion bestens vertraut. Von dieser Gruppe wird die Idee eines Gottesstaates klar abgelehnt.

- Reform und Weiterentwicklung des Islam

Fundamentalisten gibt es auch bei christlichen Religionsgemeinschaften. Wie diese bei der Bibel, so fordern auch die islamistischen Fundamentalisten die buchstabengetreue Anwendung des Korans und wehren sich gegen jede zeitgenössische Auslegung. Im

⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Muslimbr%C3%BCder>

⁸ so etwa Ägypten, Algerien, Indonesien,

⁹ Der Laizismus ist in der Türkei in einer extremen Ausformung als Kontrolle des Staates über die Religion präsent. Dies hat historische Gründe, führt aber dazu, dass uns die durch Premierminister Erdogan und seine AKP repräsentierten Vertreter eines moderaten Islams in der Türkei näherstehen als die türkische Generalität, die sich als Gralshüterin des Laizismus versteht.

Gegensatz zum Christentum sind fundamentalistische Strömungen in religiösen Kreisen aber keine Randerscheinung, sondern haben – wiederum unterschiedlich stark ausgeprägt – durchaus Gewicht und Einfluss. Der Inbegriff dieser Art des Fundamentalismus ist der Wahabismus, der in Saudi Arabien Staatsreligion ist. Von dort hat er – nicht zuletzt über vom saudischen Staat in grossem Umfang finanzierte Moscheen und Prediger – einen grossen Einfluss in weiten Teilen der Welt erlangt.

Das Christentum hat nach viel Widerstand seitens der Inquisition und etlichen Ketzern auf dem Scheiterhaufen zu einer breit anerkannten historisch-kritischen Exegese gefunden, in der die ursprünglichen historischen, sozialen und politischen Kontexte miteinbezogen werden und so eine an unsere Zeit und Verhältnisse angepasste Auslegung gefunden wird. Eine solche Entwicklung hat beim Koran bisher nur auf akademischer Ebene in engen Zirkeln stattgefunden – wer in der Öffentlichkeit die Frage nach dem Wesen des Koran, nach der Zeitbedingtheit der enthaltenen Aussagen etc. stellt, geht in muslimischen Ländern nach wie vor ein nicht unerhebliches Risiko ein¹⁰. Die teilweise fehlende Fähigkeit zur historisch kritischen Selbstreflektion innerhalb des Islam scheint eines der grössten Hindernisse bei der Schaffung eines Islams zu sein, der besser zu den gesellschaftlichen Realitäten der heutigen Zeit in unserem Kulturkreis passt. Zu den europäischen Epochen der Säkularisierung und Aufklärung gibt es in vielen muslimischen Gesellschaften kein Pendant mit entsprechender Breitenwirkung.

Selbstverständlich haben aber viele Muslime, die seit langem in westlichen Gesellschaften leben, in pragmatischer Weise – teils jenseits der offiziellen Linie – ihren Weg gefunden, um die hiesige Lebensweise mit den Anforderungen ihrer Religion in Übereinstimmung zu bringen – so wie das viele ChristInnen hierzulande auch tun. Fundamentalistisches und rigides Gedankengut ist bei den unter uns lebenden MuslimInnen wenig verbreitet.

- Scharia

Die Scharia ist die Summe der islamischen Pflichtenlehre und somit religiös fundiertes Gesetz mit regional sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Grundsätzlich hat die Scharia universellen Geltungsanspruch, wenn sie auch Gläubige und Ungläubige mit unterschiedlichen Ellen misst, in einigen Ländern ist sie Grundlage der Gesetzgebung. Viele Staaten im nahen Osten, die ansonsten als verfassungsmässiger Rechtsstaat nicht auf Schariabasis konstituiert sind, haben das Familienrecht von der Gesetzgebung ausgeklammert und überlassen diesen Bereich den Vorschriften der Scharia. Dies bringt den Frauen insbesondere im Heirats- und Scheidungsrecht, aber auch im Erbrecht massive Nachteile, die nicht mit unserer Rechtsordnung vereinbar sind. Diese Inkompatibilität betrifft auch jene Teile der Scharia, die das Strafrecht regeln: Körperstrafen und Hinrichtungen für Ehebruch gab es zwar auch in unserer Gesellschaft, sind aber zum Glück seit Jahrhunderten überwundene Phänomene. Die EMRK und die Bundesverfassung schützen heute die Gleichheit aller vor dem Recht und die körperliche Unversehrtheit auch von Straftätern.

Die Scharia ist mit der EMRK und der Bundesverfassung nicht vereinbar.

¹⁰ Elham Manea. Der Islam, der Westen und die Menschenrechte. 2009. S. 145 ff.

- Stellung der Frau

Frauen haben in Gesellschaften, die stark muslimisch geprägt sind, in der Regel deutlich weniger Rechte. Dies gilt in zweifacher Hinsicht: einerseits verglichen mit den Männern in diesen Gesellschaften und andererseits verglichen mit Frauen in westlichen Gesellschaften. In Saudi Arabien hat der Wahabismus z.B. zur Folge, dass Frauen nicht Auto fahren dürfen und sich in der Öffentlichkeit nicht mit fremden Männern zeigen dürfen. Human Rights Watch schreibt dazu: „Die saudische Regierung hat ein System geschaffen, in dem jede Frau einen Vormund haben muss – meist ist es der Vater oder Ehemann – der damit beschäftigt ist, Entscheidungen für sie zu treffen. Die saudischen Behörden behandeln erwachsene Frauen im Wesentlichen wie rechtlich Minderjährige, die nur wenig Macht über ihr eigenes Leben und Wohlergehen haben.“¹¹

Saudi Arabien ist ein Extremfall – gleichzeitig muss man sehen, dass in weiten Teilen des nahen Osten viele Frauen keine Ehe eingehen können ohne das Einverständnis ihres männlichen Vormunds.¹² Dies ist aber nicht allein dem Islam und seinen fundamentalistischen Strömungen anzulasten. Weitverbreitete patriarchale Strukturen und ein starkes Stadt-Land-Gefälle tragen das ihre dazu bei. Häufig lassen sich die Faktoren in ihren Auswirkungen nicht genau trennen und müssen zusammen berücksichtigt werden.

Der Grossteil der hier lebenden Muslime kommt nicht aus dem nahen Osten und Afrika. Viele Integrationsbeauftragte berichten aber übereinstimmend, dass die Integration von muslimischen Frauen der ersten Einwanderungsgeneration eine grosse Herausforderung darstellt, weil sie häufig sehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter reduziert werden¹³ und mit unserer Gesellschaft wenig in Kontakt kommen.

4. Toleranz und Offenheit als gegenseitige Erwartung

Die SP Schweiz setzt sich für Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Kulturen und ihren Lebensweisen ein. Die Gewährleistung der verfassungsrechtlichen Religionsfreiheit ist ihr ein grosses Anliegen. Diese ist allerdings nicht sakrosankt; sie trifft dort auf Einschränkungen, wo religiös abgestützte Lebens- und Verhaltensweisen andere Grundrechte (allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Europäische Menschenrechtskonvention, Bundesverfassung) und gesetzliche Vorschriften oder den ordre public unserer Gesellschaft tangieren. Diese Grundregel gilt selbstverständlich für alle Religionsgemeinschaften. Dies bedeutet auch, dass für den Islam kein strengere Massstab gelten darf als für andere Religionen.

Das Entgegenbringen von Toleranz und Offenheit geschieht auch in der Erwartung des Gegenteils: Die SP erwartet von allen MigrantInnen, dass sie unserer europäischen, laizistischen und pluralistischen Lebensweise offen und tolerant gegenüberstehen und an unserem gesellschaftlichen Leben teilnehmen sowie unsere Rechtsordnung anerkennen und respektieren. Integration kann nur in einen dialogischen Prozess zwischen MigrantInnen und hier ansässiger Bevölkerung gelingen. Dieser hat nur Chancen, wenn sich beide Seiten darum bemühen. Die Bildung von abgekapselten Parallelgesellschaften ist deshalb unerwünscht.

¹¹ http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/saudiarabia0408_1.pdf S. 2

¹² Elham Manea. Der Islam, der Westen und die Menschenrechte. 2009. S. 166.

¹³ ein Gedankengut, das unseren rechtsbürgerlichen Kreisen allerdings auch nicht fremd ist.

Die erfolgreiche Integration von MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund in unsere Gesellschaft stellt voraussichtlich die grössere Herausforderung dar als es die Integration der MigrantInnen aus Südeuropa in den 60er und 70er Jahren war. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere dort, wo MigrantInnen aus Ländern kommen, deren Familienrecht durch die Scharia und das Patriarchat bestimmt ist und sie selber durch diese Vorstellungen auch stark geprägt sind. Umgekehrt dürfte Integration dort am unproblematischsten sein, wo sich die Zugehörigkeit zum Islam auf ein persönliches Glaubensbekenntnis beschränkt, ohne dass damit eine ganze Gesellschaftsordnung verbunden würde.

Die SP steht ein für einen pluralistischen und laizistischen Rechtsstaat, dessen Grundregeln für alle gleichermassen gelten. Fundamentalistischen Ideen wie der Forderung nach der Einführung der Scharia erteilt die SP eine ebenso klare Absage wie jedem Versuch, über kulturellen Relativismus an der Gleichberechtigung der Geschlechter zu rütteln oder andere zentrale Werten unseres Zusammenlebens in Frage zu stellen wie z.B. die Selbstverständlichkeit, dass Männer und Frauen sich als Individuen in der privaten wie öffentlichen Sphäre frei bewegen und begegnen können.

5. Konkrete Antworten auf die aktuellen Fragen

Die nachfolgenden Antworten werden unter dem Fokus der Auseinandersetzung mit dem Islam formuliert. Sie gelten aber selbstverständlich unabhängig vom Hintergrund ihres Auftretens, oder anders gesagt: **nicht alle der Problemkreise – wie z.B. die Genitalverstümmelungen oder Zwangsheiraten – können auf den Islam zurückgeführt werden.** Sie werden hier aber aufgeführt, weil sie uns hauptsächlich im Zusammenhang mit der Einwanderung aus muslimischen Ländern beschäftigen.

- Moscheen und Minarette

Das Recht, die eigene Religion frei ausüben zu können, ist Teil unserer verfassungsmässigen Ordnung. Dazu gehören auch die entsprechenden Kultusstätten mit ihren Symbolen. Die SP hat sich deshalb klar gegen die Anti-Minarettinitiative ausgesprochen, die im November 2009 vom Schweizer Volk angenommen wurde. Da die Schweiz an die EMRK gebunden ist, wird das Minarettverbot im Rechtsalltag nicht durchsetzbar sein.

- Friedhöfe

Da dem Tod in allen Religionen eine besondere spirituelle Bedeutung zukommt, ist es den meisten Religionsgemeinschaften ein grosses Anliegen, eigene Friedhöfe oder zumindest ein eigenes Grabfeld im allgemeinen Friedhof zu haben. Dieses Anliegen soll wo immer möglich berücksichtigt werden. Mindestens so wichtig ist aber die Möglichkeit – im Rahmen unseres ordre public und unserer Gesetze – Bestattungen nach den eigenen Riten vornehmen zu können. Dies gilt umso mehr dort, wo kein eigener Friedhof möglich ist.

- Imamausbildung

Die SP erwartet, dass die hier tätigen Imame mit den hiesigen Verhältnissen und unserer Rechtsordnung gut vertraut sind und entsprechend auch die vor Ort gesprochene Landessprache beherrschen. Dies ist wichtig, damit sie für die hier ansässigen Muslime auch eine Hilfestellung bei der Integration einnehmen können. Die SP erwartet von den muslimischen Gemeinden, dass sie selber dafür sorgen, dass keine Imame predigen, die eine Koranauslegung vertreten, die mit der hiesigen Lebensart nicht vereinbar ist und welche die Gläubigen gegen unsere Gesellschaft aufhetzen. Hassprediger in Moscheen sind für uns nicht akzeptabel. Nötigenfalls soll diesen die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden.

Das Projekt der Imamausbildungen an schweizerischen Hochschulen soll weitergeführt und ausgebaut werden, auch wenn es im ersten Anlauf auf wenig Interesse gestossen ist. Die Anwesenheit von Musliminnen und Muslimen in der Schweiz wird ein dauerhaftes Phänomen sein, ihre Zahl wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten voraussichtlich noch zunehmen. Es wird deshalb ein dauerhaftes Bedürfnis nach Imamen in der Schweiz geben. Imame, welche in der Schweiz studiert haben, werden zwangsläufig mit den hiesigen Verhältnissen besser vertraut sein als solche, die z.B. aus Saudi Arabien eingeflogen werden.

- Gottesstaat und Scharia

Die Errungenschaften der Säkularisierung und der Aufklärung, die Werte unserer Bundesverfassung und der demokratische Rechtsstaat sind Grundwerte, die aus Sicht der SP nicht in Frage gestellt werden dürfen. Jede ernsthafte Diskussion über einen Gottesstaat erübrigt sich daher.

Dasselbe gilt für die Scharia. Vorschläge, religiöse Minderheiten insbesondere bei Familienangelegenheiten „ihr eigenes Recht“ zuzugestehen, lehnt die SP entschieden ab. Die Schweizer Rechtsordnung gilt für alle hier ansässigen Menschen gleichermaßen.

- Religionswechsel, Diskussionsverbote und religiöse Toleranz

Wir stehen für religiöse Toleranz und die kritische Auseinandersetzung in Religionsfragen. Wenn kritische Schriftsteller, die „den Propheten beleidigt“ haben, sich auch in unseren Breitengraden nur mit Polizeischutz bewegen können, ist das inakzeptabel. Unsere Gesellschaft hat auf der Basis der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsäusserungsfreiheit, der ein hoher Stellenwert zukommt, eine Diskussionskultur entwickelt, in der auch Kritisches, Freches und ausnahmsweise auch Blasphemisches seinen Platz hat, auch wenn religiöse Gefühle nicht unnötig heftig verletzt werden dürfen. Es darf deshalb nicht sein, dass über den Islam nicht in der gleichen Offenheit debattiert werden kann wie über andere Religionen und Weltanschauungen. Die SP erwartet von den hier ansässigen Muslimen, dass sie diese Diskussionskultur als Teil unserer Werteordnung akzeptieren und mittragen und sich von allen Drohungen wegen kritischer Äusserungen gegenüber dem Islam oder wegen „Beleidigungen des Propheten“ distanzieren. In der Glaubensfreiheit ist auch das Recht enthalten, die eigene Religion und Weltanschauung frei wählen zu können. Dazu gehört auch, von einem Glauben abzufallen oder zu einem anderen Glauben zu konvertieren, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

- Kopftuch

Die von vielen Musliminnen und Muslimen befürwortete Pflicht der Frau, ein Kopftuch zu tragen, ist aus Sicht der SP frauenfeindlich und entspricht nicht (mehr)¹⁴ unseren Wertvorstellungen. Die Pflicht zur muslimischen Verschleierung ist aufgrund der dahinter stehenden Ideologie auch nicht vergleichbar mit einem Kopftuch, das als Schmuck getragen wird. Andererseits kann festgestellt werden, dass gerade junge Musliminnen in unseren Breiten, die ansonsten ihren Körper nicht verhüllen und verstecken, das Kopftuch als identitätsstiftende Referenz an ihre Religion und Herkunft tragen ohne dabei den ganzen patriarchalen und ideologischen Ballast mitzutransferieren. Wir sollten uns deshalb davor hüten, zu wissen zu glauben, was und wie der Kopf unter dem Tuch denkt. Ein Verbot des Kopftuchtragens in der Öffentlichkeit kommt für die SP deshalb nicht in Frage – es wäre unverhältnismässig und würde zu sehr in die persönliche Freiheit eingreifen. Mit einem Verbot allein ohne begleitende Integrationsmassnahmen wäre ohnehin kein Problem gelöst. Nein sagt die SP hingegen zum Tragen eines „islamischen“ Kopftuchs – so wie zu jedem anderen auffälligen religiösen Symbol auch – beim Erfüllen öffentlicher Aufgaben. Dies gilt insbesondere für LehrerInnen¹⁵.

- Burka

Der Zwang zum Tragen einer Ganzkörperverhüllung (Burka oder auch die Kombination von Abaya, Kopftuch und Niqab¹⁶) ausserhalb der eigenen privaten Räume ist ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit und aus unserer westlichen Sicht eine Menschenrechtsverletzung, weil eine adäquate persönliche Entwicklung und die Integration in die Gesellschaft massiv erschwert werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn Mädchen oder junge Frauen diese Verhüllung „freiwillig“ tragen. Es ist schwierig, die Burka nicht als Symbol der Unterdrückung der Frau zu begreifen. In der Schweiz gibt es – ausser bei wenigen Touristinnen – kaum Burkas, weswegen sich die Frage eines Verbots – das vernünftigerweise nur hier ansässige Musliminnen betreffen könnte – zurzeit nicht ernsthaft stellt. Dazu kommt, dass ein blosses Verbot die unterdrückten Frauen nicht schützt, sondern deren Integrationsprozess sogar zusätzlich belasten könnte.

- Turnunterricht, Schwimmunterricht, Teilnahme Klassenlager

Kinder, die hier aufwachsen, sollen sich in unserer Gesellschaft zusammen mit den anderen Kindern nach den hier geltenden Regeln sozialisieren können. Für SchülerInnen, die nicht an Klassenlagern teilnehmen können, stellt dies eine deutliche soziale Benachteiligung dar, geschehen doch gerade bei solchen Anlässen wichtige gruppenspezifische Prozesse in Schulklassen. Nicht Schwimmen zu können, kann in Notsituationen ein lebensbedrohlicher

¹⁴ Auch viele unserer Grossmütter haben aus sittlichen Gründen ein Kopftuch getragen.

¹⁵ Dies entspricht auch dem Kruzifixurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,659041,00.html>. Originalurteil unter: <http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/viewhbkm.asp?action=open&table=F69A27FD8FB86142BF01C1166DEA398649&key=77718&sessionId=38402646&skin=hudoc-fr&attachment=true>

¹⁶ Die Abaya ist ein schwarzer Mantel oder Umhang, der bis zu den Füßen reicht, der Niqab ein Gesichtsschleier, der nur die Augen frei lässt.

Nachteil sein. Die SP will auch keine Gesellschaft, in der die Sphären von Männern und Frauen getrennt sind und sich Mädchen und Knaben voreinander nicht zeigen und miteinander in Kontakt kommen dürften. Ausser beim Schuldispens wegen religiösen Anlässen und natürlich beim Dispens von einem allfälligen christlichen Religionsunterricht sowie bei religiös begründeten Essensregeln lehnt die SP Ausnahmeregelungen für Kinder aus religiösen Gründen ab.

Entsprechende Gesuche sollen aber nicht einfach nur abgelehnt werden, sondern als Anlass für vermehrten Kontakt seitens der Schulbehörden mit der Familie genommen werden. Dabei sollen die Sorgen der Eltern Ernst genommen und Kontakt- und Integrationsangebote gemacht werden. Elternbildungsangebote sind dabei eine wichtige Voraussetzung – diese müssen in allen Kantonen vorhanden sein.

- Zwangsheiraten und Polygamie

Zwangsheiraten sind eine nicht akzeptable Menschenrechtsverletzung. Die SP hat deshalb die gesetzlichen Massnahmen gegen Zwangsheiraten, die kürzlich in Kraft getreten sind, vorbehaltlos unterstützt. Zu unterscheiden sind Zwangsheiraten von arrangierten Ehen. Entscheidend ist, ob die Ehepartner sich frei für die Heirat entscheiden können, ohne bei einem „nein“ mit gravierenden Konsequenzen rechnen zu müssen.

Polygamie ist in der Schweiz verboten – das gilt für alle.

- Genitalverstümmelungen

Bei den Genitalverstümmelungen von Mädchen und jungen Frauen handelt es sich um schwere Körperverletzungen, die als solche strafrechtlich geahndet werden müssen. Bei diesem Thema gibt es null Spielraum für Toleranz. Der Vorstoss für einen expliziten Straftatbestand, der auch die Begehung im Ausland ahndet, kam von der SP. Wichtig ist bei diesem Thema aber vor allem Aufklärung und Prävention.